





Halb und Wirbelsäule.

Bei Schiefheit des Halses muskulären Ursprungs wird die Erwerbsbeeinträchtigung etwa 20 bis 33 1/2 pZt. betragen.

Herzfehler.

Gut ausgeglichene Herzklappenfehler, welche keine Kreislaufstörungen verursachen und bei gewöhnlichen Bewegungen und Hantierungen des täglichen Lebens keine Atemnot bedingen, gestatten erfahrungsgemäß dauernd leichte Arbeit.

Unterleib.

Unterleibsbrüche, wenn sie durch ein Bruchband zurückgehalten werden können, sind mit 10 pZt. zu entschädigen.

Gliedmaßen im Allgemeinen.

In Fällen, wo die Beschädigung noch nicht lange zurückliegt und eine Schonbedürftigkeit noch anzunehmen ist, werden höhere Sätze als nachfolgend zu gewähren sein, auch dann, wenn Arbeit nur im Sitzen verrichtet werden kann.

Für den „glatten“ Verlust eines größeren Gliedes sind folgende Rentenätze zugrunde gelegt: Hand, Arbeitshand (je nachdem ob Rechts- oder Linkshänder) 70 pZt., Nichtarbeitshand 60 pZt.

Schwere Gelenkveränderungen.

Völlige Steifheit des Handgelenkes der Arbeitshand in etwa halber Beugestellung bei so weit erhaltener Beweglichkeit der Finger, daß wenigstens Gegenstände erfaßt und gehalten werden können, ohne daß eine Hantierung mit Geräten möglich ist, 60 pZt., desgleichen an der andern Hand 50 pZt.

Hände.

Fingersteifheit — abgesehen von denen geringen Grades am kleinen Finger — und Verlust von einzelnen Fingergliedern müssen, da die Erwerbsfähigkeit vorwiegend von der Gebrauchsfähigkeit der Hände abhängt, bei der ersten Rentenfestsetzung fast ausnahmslos mit wenigstens 10 pZt. bewertet werden.

Die Rente beträgt jährlich für die Dauer völliger Erwerbsunfähigkeit (Vollrente 100 pZt.) für: Feldwebel M. 900, Sergeanten M. 720, Unteroffizier M. 600, Gemeinen M. 540.

Kein Zurückbehaltungsrecht bei Lohnforderungen.

Bekanntlich ist nach dem Lohnbeschlagnahmegesetz vom 21. Juni 1869 in Verbindung mit § 850 der Zivilprozessordnung der Arbeitsverdienst, soweit er jährlich M. 1500, nach Kriegsverordnung zurzeit M. 2000, das ist wöchentlich M. 38,46, nicht übersteigt, für zivilrechtliche Forderungen im allgemeinen nicht pfändbar.

Dieser Streitfrage hat das Reichsgericht ein Ende gemacht. Es hat ganz klar und unzweideutig entschieden, daß ein solches Zurückbehaltungsrecht dem Arbeitgeber nicht gegeben sei.

Die Rechtsauffassung des Reichsgerichts, wie auch wir sie stets vertreten hatten, scheint aber außerordentlich langsam in der Rechtsprechung der Gerichte — auch der Gewerbegerichte — aufzugehen.

Solche Prozeßerfolge könnten die Arbeitgeber schwerlich erzielen, wenn bei den Arbeitern selbst nicht die genügende Kenntnis von dem Rechtsstandpunkte des Reichsgerichts in der Frage des Zurückbehaltungsrechts bei Lohnforderungen noch immer fehlte.

Wir wollen deshalb nachstehend kurz den Rechtsstandpunkt des Reichsgerichts klarlegen und zur Kenntnis bringen:

Schon in einem Urteil vom 24. April 1908 wie auch in einem solchen vom 30. September 1913 spricht das Reichsgericht aus, daß allgemein in der Erklärung des Zurückbehaltungsrechts, wenn es wegen einer fälligen Geldforderung gegen eine fällige Geldforderung geltend gemacht wird, regelmäßig die Erklärung der — bei Lohnforderungen ja verbotenen — „Aufrechnung“ zu finden sei.

Das Grundprinzip des Lohnbeschlagnahmegesetzes vom 21. Juni 1869 ist der Zweck, der im Erwerb begriffenen Arbeitskraft gegen jeden Angriff Schutz zu gewähren und das Judentum der Arbeitsfähigkeit (Lohn, Gehalt usw.) zunächst unangefochten in die Hände des Arbeitnehmers hinüberzuführen, damit dieser zur Erhaltung seiner Arbeitslust und Arbeitskraft die für sich und die Seinigen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse bestreiten kann.

Diesem Rechtsausführungen ist dann der Sechste Zivilsenat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 26. Oktober 1914 (abgedruckt in Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen, Ergänzungsband 1915, Heft 1) ausdrücklich beigetreten und hat noch ausgesprochen, daß, wenn in den Fällen des Aufrechnungsverbotens anstatt der Aufrechnung die Zurückbehaltung zugelassen würde, dies eine „Umgehung des Gesetzes“ bedeute, welcher die Rechtsprechung nicht die Hand bieten dürfe.

Wie gesagt, wird diese unzweideutige Stellungnahme des obersten Gerichtshofs gegen die Zulassung der Zurückbehaltung von Arbeitslohn von vielen Richtern noch immer außer acht gelassen. Sache der Arbeiter ist es, sie gegebenenfalls auf die Entscheidungen des Reichsgerichts zu verweisen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Anmelde- und Beitragspflicht der vom Militärdienst entlassenen oder beurlaubten Verbandsglieder.

Wir weisen erneut darauf hin, daß alle vom Militärdienst entlassenen wie auch alle auf eine bestimmte Zeit zu irgendeiner Arbeitsleistung beurlaubten Verbandsglieder verpflichtet sind, sich unverzüglich in der Zahlstelle ihres Arbeitsortes wieder im Verbands anzumelden und vom Tage des Arbeitsantritts an ihrem Verdienste entsprechende Beiträge leisten müssen.

lustig. Die Mehrzahl dieser Kameraden kommt dieser Anordnung ohne weiteres nach, weil sie das für ganz selbstverständlich halten. Ein anderer Teil aber will die Notwendigkeit der Wiederanmeldung in der Organisation nicht einsehen und versucht, sich um die Meldepflicht und Beitragszahlung herumzudrücken.

An die Verbandsmitglieder, die nach Ostpreußen oder nach andern Zahlstellen auf Arbeit gehen!

Verbandsmitglieder, die nach Ostpreußen auf Arbeit gehen, haben sich, bevor sie aus ihrer Zahlstelle abreisen, abzumelden. Kommen sie nach Ostpreußen, haben sie sich dort anzumelden.

In mehreren Orten, besonders in Sachsen, werden große Fabrikbauten ausgeführt, wozu Zimmerer aus vielen Orten und weiter Ferne herangeholt werden. Bei diesen Bauten zeigen sich dieselben die Organisation schädigenden Erscheinungen wie in Ostpreußen, indem die zureisenden Verbandsmitglieder sich in der Zahlstelle des Arbeitsortes nicht anmelden, sondern Mitglieder ihrer Zahlstelle bleiben.

Die Ursache dieser Mißstände liegt hauptsächlich darin, daß die Zahlstellen, deren Mitglieder zu den vorbeschriebenen Arbeiten abreisen, kein Entgegenkommen bezeigen, sondern mit dem Tage der Abmeldung diese Mitglieder aller ihrer Rechte, die sie in der Zahlstelle erworben haben, für verlustig erklären.

Es handelt sich bei Uebernahme dieser Arbeiten in der Regel um Mitglieder, die lange Jahre einer Zahlstelle angehört haben und die ihre Rechte nicht verlieren wollen. In dieser außerordentlichen Zeit, in der wir leben, würden die Zahlstellen sich durchaus nichts vergeben, wenn sie ihr Rechnung tragen würden und den abreisenden Mitgliedern sagten: „Du mußt dich hier abmelden und in der Zahlstelle deiner Arbeit anmelden, aber wenn du zurückkommst, trittst du wieder in deine alten Rechte in unserer Zahlstelle ein; du verlierst durch diese Abmeldung deine Rechte bei uns nicht.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Wreslau. Die am 25. September abgehaltene Mitgliederversammlung war besser besucht als die Monatsversammlung im August. Zum Protokoll der letzten Versammlung wurde berichtend erwähnt, daß Kamerad Nachtigall, der seine Verbandsbeiträge nicht entrichtet haben sollte, alles beglichen hat.

